

Ostukraine

Der Absturz von Flug MH 17



Unfassbar: Ein holländisches Paar erfährt am Flughafen in Amsterdam vom Tod ihrer Angehörigen.

PHIL NIJHUIS/KEystone

Die Niederlande weinen um ihre Toten

Trauer 173 der 298 Opfer kamen aus Holland - im ganzen Land stehen die Fahnen auf halbmast

VON FABIAN FELLMANN, BRÜSSEL

Es sind die grossen und kleinen Zufälle, welche die Tragödie mit 298 Toten in der Ostukraine so unfassbar machen. Da ist der Verlust eines Flight Attendants der Malaysia Airlines, der für einen Kollegen in der vermutlich abgeschossenen MH17 einsprang, um früher bei seiner Frau zu sein. Sie selbst hatte ein früheres Unglück durch einen glücklichen Zufall überlebt: Sie hätte im März an Bord jener Maschine der Malaysia Airlines arbeiten sollen, welche im März spurlos im Pazifik verschwand.

Premier Rutte bricht Ferien ab

Da ist ein australisches Paar, das bei beiden Flugzeugunglücken Angehörige verlor. Da ist eine Familie mit vier Kindern aus dem niederländischen Dörfchen Neerkant. Sie wollte mit der Unglücksmaschine in die Ferien fliegen; jetzt liegen Blumen und ein Teddybär vor ihrem leeren Zuhause. Da sind zwei Brüder Anfang zwanzig aus der Amsterdamer Vorstadt Almere, die miteinander nach Bali reisen wollten und ums Leben kamen. Da sind drei Schüler aus der Kleinstadt Woerden, die ihr Ziel nicht erreichten. Da ist ein linker Parlamentarier, der an Bord der Maschine sass.

Die niederländischen Medien sind voll mit solchen Geschichten. Das Land

zählt mit 173 die meisten Opfer des Flugzeugabsturzes mit 298 Toten. Bilder zeigen weinende Angehörige auf dem internationalen Flughafen Schiphol in Amsterdam, wo die Maschine am Donnerstagmorgen um 10.14 Uhr losgeflogen war. König Willem-Alexander zeigte sein Beileid in einer Mitteilung und verschob einen Fototermin mit Königin Máxima, die niederländischen Fussballmannschaften legen vor ihren Spielen Schweigeminuten ein und tragen ein Armband der Trauer, die Flaggen, stehen im ganzen Land auf halbmast.

Mehrere Politiker brachen ihre soeben angetretenen Ferien ab, darunter Premi-

erminister Mark Rutte. Bisher drücken sie sich vorsichtig aus, was die Ursache für den Absturz der Passagiermaschine betrifft. Noch fehlen Beweise dafür, dass die Maschine wie vermutet von einer Rakete abgeschossen wurde. An einer kurzfristig anberaumten Medienkonferenz sagte Rutte: «Falls klar wird, dass dies ein Angriff war, müssen die Angreifer ausfindig gemacht und bestraft werden. Die Opfer und ihre Angehörigen haben ein Recht darauf.» Nötig sei eine internationale Untersuchung, und die Teams brauchten ungehinderten Zugang zum Tatort und den Flugschreibern. Er habe dies unter anderem in Gesprächen mit

Russlands Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Barack Obama deutlich gemacht. Eine niederländische Gruppe von Forensik-Experten ist noch am Freitag in die Ukraine geflogen, begleitet von Aussenminister Frans Timmermans. Während gemäss internationalen Vereinbarungen die ukrainischen Behörden die Untersuchung leiten dürften, können andere Länder Beobachter entsenden, etwa jene mit zahlreichen Opfern.

Anwalt ruft zu Klagen auf

Bereits beginnt auch die Aufarbeitung der Frage nach dem Warum. In einem viel beachteten Beitrag schrieb eine jun-

ge Leserin einer Zeitung, in einer solchen Welt wolle sie keine Kinder haben. Experten streiten sich derweil darüber, ob die Piloten überhaupt über die Krisenregion in der Ostukraine hätten fliegen dürfen. Während einige solche Weltgegenden als zu riskant einschätzen, halten andere weitgehende Sperren für übertrieben - man könne nicht Flugverbotszonen über die halbe Welt verhängen. Ein Opferanwalt hat derweil bereits begonnen, die Angehörigen zu Klagen gegen Malaysia Airlines aufzurufen: Sie hätten Anrecht auf eine Entschädigung von 144 000 Euro, weitere Beträge vorbehalten. Bisher hat Malaysia Airlines den Angehörigen versprochen, bald einen Vorschuss von 5000 Euro auszuzahlen. Ebenso will sie Reisen zur Absturzstelle anbieten - entgegen ersten Aussagen des Managements ist dies aber wegen der prekären Sicherheitslage gar nicht möglich.

Sicher spenden den Niederländern die Geschichten jener, welche dem Unglück entgangen sind. Etwa jene von Radprofi Maarten de Jonge. Der 29-Jährige sollte schon im März in der malaysischen Maschine MH370 sitzen, die über dem Pazifik verschwand, hatte sich damals aber kurzfristig zu einem anderen Flug entschlossen. Dasselbe passierte ihm nun wieder: Er wollte mit MH17 fliegen, buchte aber im letzten Moment um.

SCHICKSAL

Ein Buchungsfehler rettete Familie das Leben

VON HELMUT HETZEL

Sie hält ihre drei Monate alte Tochter auf dem Arm: Nour Azaani steht auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol Airport, als sie erfährt, was mit Flug MH17 der Malaysia Airlines passiert ist. «Ich wollte unbedingt mit diesem Flug nach Kuala Lumpur», sagt die 30-Jährige. «Jetzt bin ich dem Tod entkommen. Meine Tochter und mein Mann auch, wegen

eines Buchungsfehlers.» Dieser Buchungsfehler rettet ihr in der Tat das Leben. Denn Nour Azaani und ihre Tochter sowie ihr Mann Barry hatten für den Flug MH17 von Amsterdam nach Kuala Lumpur gebucht. Sie wollten auch schon einchecken. Doch dann stellte sich heraus, dass ihr Mann Barry für den Abendflug der Malaysia Airlines nach Kuala Lumpur gebucht worden war und nicht für den Mittagsflug MH17.

«Wir wollten aber unbedingt zusammen fliegen, nicht getrennt. Ich wollte meinen Mann an meiner Seite haben», sagt Nour Azaani. «Und ich wollte unbedingt mit Malaysia Airlines fliegen. Wir haben alles versucht, um für Barry noch einen Platz im Mittagsflug MH17 zu bekommen. Aber das ging nicht mehr. Barry hat dann beschlossen, dann nehmen wir gemeinsam den Abendflug. Das hat uns das Leben gerettet.»

Neue Nagelprobe für die OSZE

Rolle der Schweiz Angesichts der Eskalation in der Ukraine stellt sich die Frage: Was kann die OSZE dort überhaupt noch bewirken?

VON ANTONIO FUMAGALLI

Am 1. Januar dieses Jahres hat die Schweiz den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übernommen. Kaum jedoch hat zu diesem Zeitpunkt gedacht, dass in den folgenden Monaten ein Brennpunkt alle anderen in den Schattens stellen würde - und vor allem nicht, dass sich dieser in der Ukraine befindet.

Mit dem Abschluss des Passagierflugzeugs ist nun eine neue Stufe der Eskalation erreicht worden, die Sicherheitslage vor Ort ist nicht unter Kontrolle. Es stellt sich demnach die Frage, was die OSZE vor Ort überhaupt noch bewirken kann. Das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA)



Didier Burkhalter.

KEYSTONE

verweist auf Anfrage auf die Beobachtermission, die vor Ort «unparteiisch die Situation beobachtet, Informationen überprüft und Transparenz schafft». Im Zusammenhang mit dem Flugzeugabsturz hätten die Beobachter dazu beigetragen, dass die Separatisten Helfern und Experten sicheren Zugang zur Unglücksstelle gewährten.

Beim Aussenministerium ist man seit Wochen bemüht, aufgrund der ständig weiterdrehenden Gewaltspirale nicht die ganze Mission infrage zu stellen. «Wir haben einen Auftrag zu erfüllen.

Daran halten wir nach wie vor fest», sagte Aussenminister und OSZE-Vorsitzender Didier Burkhalter Mitte Juni, nachdem mehrere Beobachter verschleppt wurden. Gestern doppelte das EDA nach: Den Entscheid, ob die Beobachtermission wie von der Ukraine gewünscht um sechs Monate verlängert wird, erwarte man noch im Juli.

Schweiz als Brückenbauerin

Aufgrund des Konsensprinzips können Beschlüsse der OSZE nur verabschiedet werden, wenn kein Mitgliedsland - also auch nicht Russland oder die Ukraine - einen Einwand geltend macht. Das Gremium kämpft deshalb seit seiner Gründung mit dem Vorwurf, eine Schönwetterorganisation zu sein, die nur Pflästerlipolitik betreibt. Christian Nünlist vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich hält davon wenig: «Die Ukraine-Krise demonstriert, dass die OSZE auch im 21. Jahrhundert nützlich bleibt. Nachdem Russland die EU und die Nato als parteiisch disqualifiziert haben, ist sie im Moment als ein-

zige Organisation handlungsfähig», schrieb er kürzlich in einem Gastbeitrag. Zudem sei es ein absoluter Glücksfall, dass die Schweiz derzeit den Vorsitz innehat. Denn auch Moskau akzeptiert die Schweiz als unparteiische Brückenbauerin. Kaum vorzustellen, wie die Ausgangslage vor einem Jahr ausgesehen hätte - damals war die Präsidentschaft von der Ukraine besetzt.

Unparteiische Untersuchung

Die Suche nach den Hintergründen hat nach dem Flugzeugabsturz nun Priorität. Dabei bietet die Schweiz ihre Dienste an - sofern die Ukraine diese wünscht. Konkret stehen Experten für Opferidentifizierung, für Aviatikuntersuchungen oder für Sprengstoffanalyse auf Abruf. Die OSZE ihrerseits bahnt sich mit einem Team einen Weg zur Absturzstelle. Sie will zudem einen humanitären Korridor einrichten, damit die Opfer geborgen und identifiziert werden können - damit eine unparteiische Untersuchung so rasch als möglich starten kann.

EU

Erst alte Sanktionen umsetzen

Die EU-Aussenminister werden am Dienstag trotz Eskalation in der Ukraine voraussichtlich keine zusätzlichen Sanktionen gegen Russland ergreifen. Vielmehr müssen sie nun die am vergangenen Mittwoch von den EU-Staats- und Regierungschefs bereits beschlossenen, verschärften Sanktionen umsetzen.

Konkret will die EU weitere Namen von Leuten aus dem Umfeld Putins und von Unterstützern der prorussischen Separatisten auf ihre Sanktionsliste setzen. Bis anhin sind rund 70 Personen von Einreise- und Kontensperrungen betroffen. Neu soll zudem die Liste mit Unternehmen, staatlichen Stellen oder Organisationen erweitert werden. Wer von den neuen Massnahmen betroffen sein wird, soll in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden, hiess es aus EU-Ratskreisen. Ausserdem beschlossen die EU-Chefs, dass die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung keine weiteren Projekte mehr in Russland finanzieren sollen. (SDA)